Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 7-8

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften
Autor: F.E.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die wir nicht näher zu umschreiben brauchen. Auf jeden Fall muß jetzt schon gesagt werden, daß die Arbeiterschaft nach diesem Schiedsspruch um eine Illusion ärmer und eine Erfahrung reicher ist, wenn sie sich nicht schon wie wir bei Aufnahme des schiedsgerichtlichen Verfahrens von einem gesunden Mißtrauen leiten ließ, das seinen Ursprung in einer genauen Kenntnis der Zusammenhänge hat.

P. S. Der vorliegende Artikel war bereits gesetzt, als der STFV im Einvernehmen mit der Belegschaft den Streik für beendigt erklärte. Die sich aus diesem Arbeitskonflikt ergebenden Überlegungen werden dadurch selbstverständlich nicht berührt. D. V.

Blick in die Zeitschriften

Politische Rundschau – Monatsschrift der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz

In den vergangenen Monaten erzählten die bürgerlichen Tageszeitungen ihren Lesern immer und immer wieder die Geschichte vom angeblichen Krebsgang der Schweizerischen Sozialdemokratie. Um das Märchen glaubhafter zu machen, wurden einige kantonale Wahlgänge, die der SPS geringfügige Rückschläge gebracht hatten, über Gebühr aufgebauscht und propagandistisch ausgewertet. Jetzt aber muß kein Geringerer als *Dr. Robert Bauder*, der Sekretär der Freisinnigen Partei der Schweiz, unumwunden zugeben, daß die Schweizer Sozialdemokraten bei den jüngsten Kantonsratswahlen – wenn man sie gesamthaft betrachtet – nicht schlechter, sondern besser als alle andern Parteien abgeschlossen haben. Er zieht seine Bilanz in der «*Politischen Rundschau*» (also mehr für den internen Gebrauch) mit folgenden Sätzen:

> «In die Augen springend ist ein mandatmäßig guter Abschluß der Sozialdemokraten, die insgesamt 33 neue Mandate gewinnen und nur in Graubünden und Baselland je eines verlieren, also einen Nettoüberschuß von 31 Mandaten erreichen. Ihnen folgen an zweiter Stelle die Freisinnigen, die in der deutschen Schweiz 23 Mandate gewinnen, in Baselland eines und in der Westschweiz deren 15 verlieren, somit insgesamt 7 Gewinne buchen. Der Vormarsch der Freisinnigen war mit 23 Mandatgewinnen in der deutschen Schweiz betonter als der der Sozialdemokraten, die daselbst nur 10 Mandate gewinnen und deren zwei verlieren. Dagegen realisieren die Sozialdemokraten in der Westschweiz 21 Gewinne, während die Freisinnigen 15 Verluste zählen. Die Katholischkonservativen und Christlichsozialen gewinnen insgesamt 13 Mandate und verlieren deren 9 (davon 7 in der Westschweiz), woraus sich für sie ein Aktivüberschuß von 4 Sitzen ergibt.»

Wozu zu sagen ist, daß die Sozialdemokraten nach unserer Ausrechnung sogar 36 Mandate eroberten. Zu den Parteien, welche einen effektiven Gewinn aufzuweisen haben, gehören übrigens auch die Evangeliker, und zwar mit 3 Mandaten. Nettoverluste ergaben sich dagegen bei den Demokraten (5), den Liberalkonservativen (7), der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (4), den Freiwirtschaftern (6) und selbstverständlich bei den PdA-Kommunisten, welche 12 ihrer wackeligen Sitze einbüßten.

Im einzelnen verteilen sich die sozialdemokratischen Mandatgewinne folgendermaßen auf die beteiligten acht Kantone: Schaffhausen 2, Waadt 9, Wallis 7, Neuen-

burg 8, Aargau 3, Thurgau 2, Solothurn 3, Glarus 2. Keine Veränderung in der Mandatzahl ergab sich für die Sozialdemokratische Partei Baselstadt.

Die Freisinnigen holten sich ihren Nettogewinn lediglich dank dem Solothurner Resultat, wo ihnen von den 12 zusätzlichen Ratssesseln gleich deren 10 zugefallen sind. Dazu ist übrigens zu bemerken, daß sie 7 dieser Sitze auch bei gleichbleibenden Parteistärken erhalten hätten. Einen bitteren Wermutstropfen im Pokale des freisinnigen Solothurner Sieges bildet allerdings die erneute Niederlage dieser «Alles-üse»-Partei bei den Regierungsratswahlen. Als schmerzlich empfindet Dr. Bauder auch den starken sozialdemokratischen Vormarsch im Kanton Neuenburg, weil er ausgerechnet in einem Gebiet mit einer florierenden Uhrenindustrie erfolgte, «die eine sehr gute Entlöhnung der Arbeiter und eine fortschrittliche Sozialpolitik gestatte».

Nach der Theorie des Herrn Bauder gewinnt nämlich der Freisinn namentlich dort, «wo er starke, wohlorganisierte und aktive kantonale Parteien besitzt, die auf dem sogenannten linken Flügel der schweizerischen Gesamtpartei stehen, das heißt Parteisektionen, die eine auf einer Mittellinie liegende, sozialpolitisch fortschrittliche und volksnahe Politik betreiben».

Daß es mit dem Glauben der Wähler an die sozialpolitisch fortschrittliche Rolle des Freisinns nicht zum besten steht (und das kommt nicht von ungefähr!), ahnt allerdings auch der Parteisekretär der helvetischen Liberalisten, klagt er doch in seiner «Rundschau»:

> «Die Annahme der Tabakkontingentierung und der befristeten beschränkten Preiskontrolle legt die Vermutung nahe, daß weite Volkskreise nicht nur nach Wohlergehen, sondern ebenso nach wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit streben, wobei oft die falsche Vorstellung besteht, diese Sicherheit sei nur durch die Betonung des Staates und die Erweiterung seiner Machtfülle zu erreichen.»

Bezüglich der sozialen Tendenzen breiter Wählerschichten heißt es übrigens an anderer Stelle dieses Aufsatzes noch deutlicher:

> «Die Betonung der Segnungen der liberalistischen Wirtschaft, die Lobgesänge auf die Freiheitsrechte *allein* vermögen heute die großen Volksmassen kaum mehr zu bewegen.»

Dr. Bauder möchte indessen den rechten Flügel der Partei nicht beunruhigen, weswegen er ausdrücklich erklärt, die «Volksnähe» lasse sich erreichen, «ohne daß der Freisinn von seinen Grundsätzen abgehe, und es wäre ein Irrtum, zu glauben, man komme dem Ziele näher, indem man im liberalen Staat bestimmte Methoden sozialistischer Politik zur Anwendung bringt». Etwas müsse aber unbedingt geschehen:

> «Wenn zum Beispiel die Sozialdemokraten behaupten, die Wirtschaft sei Sache des ganzen Volkes, so sagen auch wir, die freie Wirtschaft habe Sache des ganzen Volkes zu sein und müsse so gestaltet werden, daß sie den allgemeinen Volkswohlstand hebe, allen daran Beteiligten etwas biete und in ihnen den Wunsch erwecke, sie möge beibehalten und gefördert werden. Das aber wird nur möglich sein durch eine gut ausgebaute Sozialpolitik, durch die ständige Vermehrung des Anteils eines jeden am guten Wirtschaftsablauf; das wird nicht möglich sein ohne gewisse Schranken zugunsten des Schwachen und Wehrlosen; das wird nicht möglich sein ohne zeitgemäße Hilfe an die, die auf der Schattenseite des Lebens wandeln. Nicht der Staat und nicht staatliche Machtsprüche aber sollen diese Wohltaten in erster Linie gewähren, denn sie können es auf die Dauer nicht, sondern der Überfluß, der aus der freien Entfaltung der produktiven Kräfte fließt, soll freiwillig zum Segen des ganzen Volkes werden.»

Schön klingt das, schön wie eine 1.-August-Ansprache! Die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung sollte..., der Staat müßte... und so weiter! Doch jedesmal, wenn die Praxis kommt, wenn beipielsweise die Arbeiter in den Betrieben das Mitbestimmungsrecht erhalten *sollten*, oder wenn den Mietern – die nun halt einmal keinen Überfluß von

Wohnungen vor sich sehen – die Preiskontrolle erhalten werden *müßte*, wo finden wir dann die Freisinnige Partei der Schweiz mitsamt ihrem «linken» Flügel?

Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes werden jedenfalls gut daran tun, ungeachtet des Marxistenschreckes, den auch Dr. Bauder betreibt, weiterhin ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken und für eine kräftige Vertretung der Unselbständigerwerbenden in den Räten und Behörden zu sorgen, und sei es auch nur, um dem «freiwilligen» sozialpolitischen Fortschrittswillen des Freisinns etwas nachzuhelfen. *Geno.*

«Schweizer Rundschau» (konservativ), Mai 1953

«Helveticus» beklagt unter dem Titel *«Maßloser Staat»* die Ausweitung des Wirkungsbereiches des Bundes, welche eine unerfreuliche Wandlung der Mentalität der Bürger bewirke:

> «Jeder strebt ängstlich nur nach Sicherheit, materieller wohlverstanden; aus dem Volk der Hirten droht ein Volk der Herde zu werden.»

Eine neue Alternative dränge sich auf: «soziale Sicherheit oder Freiheit». Die eng mit dem staatlichen Apparat verbundene Bürokratie gehe darauf aus, die eigentliche Herrin des Staates zu werden, und der puren «Sicherheitspsychose» werde Stück für Stück der persönlichen Initiative geopfert, ohne welche aber, auf die Dauer gesehen, mutiges Unternehmertum und freie Verantwortung nicht zu leben vermöchten. Immerhin ist «Helveticus» objektiv genug, zuzugeben:

> «Angesichts der gewaltigen industriellen Entwicklung, die unser Land zumal in den letzten fünfzig Jahren erfahren hat, mußte es zwangsläufig dazu kommen, daß den oft rücksichtslosen, von Profitgier besessenen privatkapitalistischen Kräften Dämme entgegengestellt werden mußten. Hierin liegt das historische Verdienst der Gewerkschaften, gleichgültig welcher Observanz.»

«Die Freiheit von der Knechtschaft der Armut», so sagt der Autor des bemerkenswerten «Rundschau»-Artikels an anderer Stelle, «ist so entscheidend wichtig, daß die übermäßige (wirtschaftliche) Freiheit und damit Privilegierung einzelner im Interesse des Gesamtwohls beschränkt werden darf und muß.» Der Drang nach sozialer Sicherheit stelle nichts anderes als den Drang nach Freiheit dar! Die vollen Konsequenzen aus dieser richtigen Erkenntnis will «Helveticus» allerdings nicht ziehen, weswegen er schreibt: «Abzulehnen ist ein staatliches Sicherheitsprogramm, das die Initiative und den Sinn für Verantwortung, ohne die es keine wahre Freiheit mehr geben kann, zu ersticken droht.» Durch das Hervorheben solcher Bedingungen – in der Schweiz strebt ja niemand nach einer den Individualismus unterdrückenden Sozialpolitik – schafft sich «Helveticus» die Möglichkeit, jeden großzügigen staatlichen Sozialplan abzulehnen. Er beendet damit seinen Exkurs in die Gefilde sozialistischer Gedankengänge und kehrt auf den «soliden» Boden der grundsätzlichen Bejahung der kapitalistischen Wirtschaftsform zurück.

Geno.

Der Arbeiter als Partner im Betrieb
(Verlag «Der Neue Bund»)

Über den Fragenkomplex, der mit dem Mitbestimmungsrecht des Arbeiters in der Industrie zusammenhängt, gibt es leider nur eine spärliche Literatur; das gilt besonders für die Schweiz. Um so erfreulicher ist es, daß der Verlag *«Der Neue Bund»* unter dem Titel «Der Arbeiter als Partner im Betrieb» eine 44 Seiten umfassende Schrift herausgebracht hat, die das aktuelle Thema angriffig und anregend behandelt. Prof. Dr. *D. Brink-*

mann kommt in seinen grundsätzlichen Betrachtungen zum etwas optimistischen Schluß: «Die Forderung, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer im Sinne einer sozialen Partnerschaft auf der Basis guten Willens und gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln, dürfte von keiner Seite bestritten werden.» Mit der heutigen Stellung des Arbeiters im Betrieb, die durch Abhängigkeit und Unsicherheit gekennzeichnet ist, befaßt sich Dr. *Eugen Steinemann*, während *Lukas Burckhardt* eine wertvolle Übersicht über den Stand des Mitbestimmungsrechtes im Ausland bietet. Einen besonders interessanten Beitrag leistet *Walter Hauser*, Zürich, Präsident einer Angestellten- und früher einer Arbeiterkommission. Sein Thema lautet: «Erste Schritte zum Mitspracherecht der Arbeiter in der Schweiz». Er berührt dabei das Spannungsfeld der Akkordfragen und der betrieblichen Wohlfahrtsunternehmen sowie den Einwand, daß es für eine private Firma riskant sei, einer frei gewählten Personalvertretung Einsicht in die Buchhaltung zu gewähren. Walter Hauser meint dazu: «*Es ist jedenfalls nicht einzusehen, weshalb Menschen, die ihre Arbeit einem Unternehmen seit Jahren zur Verfügung stellen, weniger Vertrauen verdienen sollen als Menschen, die im Grunde betriebsfremd sind, dem Unternehmen zwar Kapital zur Verfügung stellen, etwas Totes, im Gegensatz zur Arbeit, die etwas Lebendiges ist.*» Die ansprechend aufgemachte Broschüre kann von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zum Preis von Fr. 1.90 vom Sekretariat der *SPS, Zürich, Stauffacherstraße 5*, bezogen werden. *F. E.*

«*Der Monat*», in Berlin von Melvyn J. Laski redigiert, in Frankfurt herausgegeben, führt den Untertitel «eine internationale Zeitschrift», der durch den Inhalt der Hefte gerechtfertigt erscheint. Das Hauptgewicht liegt auf einer lebendigen Darstellung von Fragen der Politik und des geistigen Lebens, im Sinne von Aussprache und Auseinandersetzung. Literatur, Kunst und Film sind, vor allem in den unmittelbaren Tagesproblemen und dort, wo sie mit der Politik zusammenstoßen, in reichlichem Maß berücksichtigt. — Das Mai-Heft bringt eine Auseinandersetzung mit dem religiösen, antikirchlichen Denker *Sören Kierkegaard* aus der Feder von *Denis de Rougemont*. *Peter de Mendelssohn* nennt seine politischen Überlegungen aus London «Unbehagen in Westminster». — Ein besonderer Leckerbissen sind die Aufzeichnungen von *Georges Grosz* über seine gemeinsam mit Martin Andersen Nexö im Jahre 1922 unternommene Rußlandreise, ein bisher unveröffentlichtes Kapitel aus der 1946 erschienenen Autobiographie des Berliner Künstlers, der in der Zwischenkriegszeit so scharf das Gesicht des Bürgertums erkannte und aufzeichnete. — Wertvoll sind auch die ganz persönlichen Buch- und Musikbesprechungen, wobei vor allem auf die gescheite ausführliche Auseinandersetzung des Schweizers *Herbert Lüthy* mit Sternbergs «Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht» hingewiesen sei. *ah.*